

BUNDESTAG AKTUELL

Andreas Mattfeldt MdB

OSTERHOLZ VERDEN

Berlin, 25. März 2011

Schenkelbrand ist keine Tierquälerei

Am Montag habe ich eine Informationsveranstaltung in einem Reitstall im Berliner Grunewald besucht. Eingeladen hatte unter anderem der Hannoveranerverband, der seinen Sitz in Verden hat. Wir Abgeordneten sollten uns ein Bild davon machen können, wie harmlos das Anbringen eines Brandzeichens zur Kennzeichnung von Pferden ist.

Hintergrund ist eine Kampagne von vermeintlichen Tierschützern, die den Schenkelbrand verbieten lassen wollen. Der Bundesrat hat Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner aufgefordert, den Schenkelbrand als Kennzeichnung zu verbieten. Ich halte das für grundlegend falsch. Ich wusste, bevor ich zu dieser Veranstaltung kam, nicht was die Anbringung des Brandzeichens für ein Fohlen bedeutet.

Bei der Demonstration ist mir klar geworden, dass es für ein Fohlen weitaus dramatischere Erlebnisse gibt, als das einen Bruchteil von Sekunden dauernde Anhalten des Brenneisens. Drei Fohlen wurden auf diese Weise gekennzeichnet. Lediglich eines davon stieg nach dem Kennzeichnen kurz hoch, um dann aber auch gleich wieder bei der Mutter zu trinken – was im Übrigen alle Fohlen unmittelbar nach dem Brand getan haben und was ein deutliches Zeichen für ein Wohlbefinden der Tiere ist. Dieses Fohlen war allerdings ohnehin von allen Fohlen das Aktivste und ist auch vor- und hinterher beim Herumführen in der Halle temperamentvoller umhergesprungen als die anderen Fohlen. Ansonsten hat mich vor allem

beeindruckt, dass die Stuten völlig ruhig und gelassen waren. Wenn sie das Brennen als Gefahr für ihren Nachwuchs ansehen würden, hätten sie alles dafür getan, um das vermeintliche Leid von ihren Fohlen abzuwenden. Ich hatte den Eindruck, dass die Fohlen das Anbringen des Brandzeichens kaum gespürt haben. Beim Chippen waren die Reaktionen schon wesentlich stärker.

Ich kann beim besten Willen beim Schenkelbrand keinerlei Tierquälerei erkennen. Außerdem kann ich mir nicht vorstellen, dass die Züchter, die ihre Tiere über alles lieben – mit einigen von ihnen habe ich am Rande der Veranstaltung gesprochen – ihnen Leid antun würden. Im Gegenteil, eben weil sie Leid von den Pferden fernhalten wollen, stehen sie dem Chippen kritisch gegenüber. Der Chip wird in den Muskel eingesetzt

und kann beim Wachsen im Körper des Pferdes wandern und erhebliche Schmerzen und Folgeerkrankungen hervorrufen. Das halte ich noch viel eher für Tierquälerei als den Milli-Sekunden dauernden Brand.

Enttäuscht war ich von meinen Kollegen der Opposition, die den Schenkelbrand verbieten lassen wollen. Bis auf einen Kollegen von der SPD war niemand gekommen. Das zeigt wieder einmal mehr, dass es hier nicht um eine sachliche Auseinandersetzung geht. Es geht hier nicht mehr um Fakten, sondern darum, ein Thema hochzuziehen und aus falsch verstandenem Tierschutzgedanken heraus, Politik auf Kosten der Pferdezüchter zu machen.



Aussetzung von Wehrpflicht und Zivildienst

In dieser Woche haben wir die Aussetzung der Wehrpflicht beschlossen. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage wird die Bundeswehr neu ausgerichtet. In diesem Zusammenhang soll die gesetzliche Verpflichtung zur Wehrdienstleistung nach dem Wehrpflichtgesetz außerhalb des Spannungs- oder Verteidigungsfalls ausgesetzt und der freiwillige Wehrdienst fortentwickelt werden. Ziel ist ein Anteil von bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienst Leistenden, die auch im Auslandseinsatz eingesetzt werden können, wenn sie mindestens 12 Monate dienen. Zur Über-

brückung personeller Engpässe wird es künftig möglich sein, Verpflichtungsprämien für Mannschaftssoldaten aller Statusgruppen als finanziellen Anreiz zu zahlen. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht gehen wir einen ersten substantiellen Schritt bei der Reform der Bundeswehr hin zu einer leistungsfähigen Armee, die konsequent an den Bedürfnissen des Einsatzes ausgerichtet wird. In den kommenden Monaten werden mit dem Umbau des Ministeriums und der Festlegung künftiger Standorte weitere Schritte folgen.

Die Aussetzung der Wehrpflicht

führt auch zur Aussetzung des Zivildienstes. Sie wollen wir als Chance nutzen, um mit der Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes künftig für alle Bürgerinnen und Bürger ein zusätzliches Angebot zu schaffen, unser Gemeinwesen mitzugestalten und sich bürgerschaftlich zu engagieren. Der Bundesfreiwilligendienst wird Männern und Frauen jeden Alters nach Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen stehen. Der Einsatz im Bundesfreiwilligendienst soll in der Regel zwölf, mindestens sechs und höchstens 24 Monate dauern.

Gespräch im Bundesverteidigungsministerium zur Zukunft des Bundeswehrstandortes Schwanewede

Ich habe in dieser Woche gemeinsam mit der Vizepräsidentin des niedersächsischen Landtags Astrid Vockert, dem Bürgermeister Harald Stehnen und Kommunalpolitikern aller Fraktionen ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Thomas Kossendey, zur Zukunft des Bundeswehrstandortes in Schwanewede geführt. Im Zuge der Sparbemühungen zur Einhaltung der Schuldenbremse wird auch die Bundeswehr Sparanstrengungen unternehmen und es wird der eine oder andere Standort geschlossen werden. Mir war es wichtig, dem Bundesverteidigungsministerium in einem frühen Stadium die Vorzüge des Bundeswehrstandortes Schwanewede zu verdeutlichen.

Wir haben dem Staatssekretär die

Vorteile des Standortes erläutert: Hier sind vor allem die guten Bedingungen für Familien, die demographische Entwicklung der Gemeinde



sowie die Nähe zum Oberzentrum Bremen zu nennen. Staatssekretär Kossendey interessierte sich vor allem dafür, wie es in Schwanewede mit der Vereinbarkeit von Familie und Dienst für die Soldaten aussieht. Gerade in diesem Bereich ist Schwanewede vorbildlich und hat viel unternommen, um die Kinderbetreuung auszubauen und die Öffnungs-

zeiten in den Kindergärten so flexibel zu gestalten, dass für die Soldatinnen und Soldaten die Vereinbarkeit von Familie und Dienst ermöglicht und erleichtert wird. Davon zeigte sich Staatssekretär Kossendey begeistert und kündigte an, bis zum Sommer den Standort besuchen zu wollen.

Das ist ein gutes Zeichen für uns, dass sich der Staatssekretär ein eigenes Bild vor Ort von den Vorteilen des Standortes machen möchte. In diesem ersten Gespräch konnten wir ihm bereits einige Argumente, die für den Bundeswehrstandort Schwanewede sprechen, verdeutlichen. Es ist gut, dass wir einen parteiübergreifenden Konsens haben, dass der Standort erhalten bleiben muss. Ich denke wir sind auf einem guten Weg, um den Standort zu sichern.

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030/227-71322
Fax: 030/227-76932

Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range